

Analyse

## **DIE KOFFERBOMBER IN DEUTSCHLAND**

### **Zielscheiben im Kampf gegen Terror**

Mit islamischen Terroristen lässt sich nicht verhandeln. Aber die Muslime und Araber in Europa haben ein Recht auf eine klügere Politik.

Von Sascha Buchbinder, Berlin

Kaum dass sich der Rauch über den Al-Qaida-Trainingscamps verzogen hat, sickert der Terror durch den Internetanschluss in unsere Städte; Bomben werden in beheizten Wohnzimmern zusammengebastelt. Die Terrorexperten warnen vor einer neuen Generation von Terroristen, vor Nachahmungstätern, die keine langwierige Indoktrination und Ausbildung durchlaufen, die mit al-Qaida kaum mehr als den Hass gegen den Westen und die wahnhaftige Überzeugung teilen, dass wahlloses Töten die Welt zu ihren Gunsten verändern werde. Es droht eine Art Do-it-yourself-Terror, bei dem Sympathisanten, die keine tief gehende, fundamentalistische Schulung durchlaufen haben, die Muster von Al-Qaida-Anschlägen kopieren und ohne Befehl, ohne Steuerung von aussen, zur Tat schreiten können.

Die versuchten Anschläge auf zwei Vorortszüge in Deutschland gehen - nach allem, was wir bisher wissen - auf das Konto von zwei jungen Männern, die in kein Raster passen. Sie waren nicht in irgendwelchen Ausbildungslagern, und sie waren nicht als religiöse Fanatiker aufgefallen. Unter Verdacht stehen vielmehr zwei junge Libanesen, die in Deutschland studieren konnten. Warum sollten sie dem Land die Gastfreundschaft mit einem blutigen Anschlag danken? Wer nun wieder die Slogans vom «Kampf der Kulturen» und «Krieg gegen Terror» bemüht, wird nie eine Antwort finden. Islamistischer Terror ist kein Kampf der Muslime gegen den Westen. Der Terror ist ein Kampf von Verbrechern gegen die zivilisierte Welt. Davon betroffen sind auch und sogar ganz besonders Muslime: als primäre Opfer bei Anschlägen in islamischen Ländern, als zufällige Opfer bei Terrorakten in den USA und Europa und als immer stärker kollektiv verdächtige Bevölkerungsgruppen im Westen.

#### **Ein militärischer Sieg ist nicht möglich**

Die Welt im Jahr 2006 ist ein unübersichtlicher Ort. Wenn Terrorzellen innerhalb weniger Wochen entstehen, wenn die Verbindung zur Terrorszene nur noch übers Internet stattfindet, die angehenden Terroristen sich bis unmittelbar vor dem Anschlag wohlverhalten - so assimiliert scheinen, wie der Libanese, der ein Trikot des deutschen Fussballers Ballack trug und seine Pet-Flasche vorbildlich im Eimer für Verpackungsmüll entsorgte -, dann stehen Polizei und Sicherheitsbehörden vor einem Kampf, den sie nicht gewinnen werden. Wie sollten wir alle Züge, Einkaufszentren, Schiffe, Busse vor Anschlägen schützen? Die Androhung des US-Verteidigungsministers Donald Rumsfeld, Terroristen

notfalls mit Langstreckenraketen zu töten, klingt hilflos. Kaum weniger schrill: die Forderungen deutscher Politiker, in der Antiterrordatei auch eine Rubrik für sexuelle Vorlieben zu schaffen und als «Präventionsmassnahme» von einreisenden Arabern und Muslimen die Fingerabdrücke zu nehmen.

In Europa leben etwa 14 Millionen Muslime, allein in Deutschland sind es 3,4 Millionen. Niemand kann ausschliessen, dass sich unter ihnen Verbrecher befinden, aber wenn wir die Muslime nur noch als Gefahr sehen, dann arbeiten wir den Terroristen in die Hände. Weil wir ihnen die Rekrutierung erleichtern, wenn wir ganze Bevölkerungsgruppen ausgrenzen. Schon heute klagen viele darüber, dass sie sich permanent verdächtig fühlen. In einer repräsentativen Umfrage des Londoner Pew Research Center gaben zwei Drittel der Muslime in Deutschland an, dass sie sich nicht in erster Linie als Bürger ihres Landes, sondern als Muslime fühlten. Jeder zweite Muslim in Deutschland denkt, dass die Europäer ihm feindlich gesinnt sind. Dabei sind die Muslime in Deutschland deutscher, als sie denken. Beispielsweise sind sie ähnlich skeptisch wie die Mehrheitsgesellschaft, was den weiteren Zuzug von Ausländern angeht. 59 Prozent der Deutschen meinen, Einwanderung sei schlecht - ein Spitzenwert im europäischen Vergleich. Aber auch die deutschen Muslime sind zu 46 Prozent gegen weitere Einwanderung, womit auch sie sich verschlossener zeigen als Spanier (33 Prozent), Franzosen (41 Prozent) oder Briten (32 Prozent).

#### **Eine Frage der Glaubwürdigkeit**

Das Beispiel zeigt, dass Deutschlands Muslime nicht in einer losgelösten Parallelwelt leben, sondern von Gesellschaft und Politik ihres Gastlandes sehr wohl beeinflusst werden. Es ist wichtig, dies zu erkennen, weil es zu verhindern gilt, dass die Fundamentalisten einen Keil zwischen die beiden Welten treiben - und weil die Muslime verhindern müssen, dass in ihren Reihen eine Sympathisantenszene gedeiht, aus der die Terroristen Nachwuchs rekrutieren können. Als britische Muslimorganisationen erklärten, dass die britische Aussenpolitik den Terroristen in die Hände spielt, wurde die Aussage sofort zur Behauptung verdreht, die Aussenpolitik werde zur Ursache für Terror erklärt. Das ist bequem. Viel bequemer, als wenn wir uns fragen, wie ein gemässigter Muslim argumentieren soll, wenn ihm ein Militanter nachweisen will, dass seine Regierung gegen ihn sei. Was soll ein deutscher Muslim erwidern auf den Vorwurf, dass die CIA drei deutsche Muslime verschleppt und gefoltert hat und die deutsche Regierung dazu schwieg? Wie glaubwürdig ist das Eintreten für Menschenrechte, wenn Vertraute der Kanzlerin deren Nahost-Politik mit der Bemerkung rechtfertigen, man lasse die Israeli «jetzt mal

aufräumen»? Wenn die Kanzlerin sich weigert, auch nur ein Wort über den vermuteten Einsatz von Streubomben im Libanon zu verlieren?

Es geht nicht um eine Appeasement-Politik gegenüber Terroristen. Schon gar nicht geht es darum, Massenmorde zu rechtfertigen. Tatsache ist aber, dass wir die Verbreitung des Terror-Know-how übers Internet nicht unterbinden können und dass Sicherheit nicht absolut sein kann. Wenn schon bisher galt, dass eine Bekämpfung des Terrors auch sein politisches Umfeld berücksichtigen sollte, so gilt dies heute umso mehr, weil die Gefahr besteht, dass eine neue Gruppe von wenig indoktrinierten Sympathisanten auf Grund persönlicher Erlebnisse von Erniedrigung oder politischer Ohnmacht von Gewalt angezogen wird.

Die deutsche Aussenpolitik bietet weder garantierten Schutz vor Terror noch ist sie legitimer Anlass für Anschläge. Doch Aussenpolitik ist von Innenpolitik nicht zu trennen. Wenn Aussenpolitik fallweise als willkürlich antimuslimisch und antiarabisch daherkommt, dann darf sich niemand wundern, wenn Muslime und Araber in Europa sich davon betroffen fühlen, wenn sie die Rede von Menschenrechten für ein Alibi halten und sich selbst als Zielscheiben im Kampf gegen Terror sehen.